

# PFLEGE POSITIONEN

Der Newsletter des DPR 2 | 2011



## Editorial

### Das Ende des Pfleger-Castings

Was hätte die Schwarzwaldklinik ohne Zivi „Mischa“ gemacht? Mit der Entscheidung der Bundesregierung zur Aussetzung der Wehrpflicht fällt auch der Zivildienst weg. In den vergangenen Jahren hatten jeweils etwa 90.000 junge Männer jährlich die Chance, in ihrem sozialen Engagement bei Pflegebedürftigen und Behinderten ihre soziale Kompetenz und gegebenenfalls ihren Berufsweg im Gesundheitswesen zu finden. In vielen Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen nahmen die Zivildienstleistenden eine wesentliche Funktion niedrigschwelliger und ergänzender Aufgaben wahr. Der von der Bundesregierung geplante Bundesfreiwilligendienst mit rund 35.000 Männern und Frauen bietet sicher keine ausreichende Kompensation. Mit Wegfall der Wehrpflicht soll der Verteidigungsetat um Milliarden reduziert werden. Auch für den geplanten Freiwilligendienst stehen mehrere 100 Millionen Euro weniger Mittel zur Verfügung als bislang für den Zivildienst. Wo aber bleibt dann die Wahrnehmung der aktuellen und perspektivischen Versorgungsstruktur? Es ist schon ein beachtliches Symptom, dass durch Abzug der Zivis, die eigentlich zusätzliche Kräfte sein sollten, das System zu kollabieren droht. Dieses Dilemma ist – im Sinne des demografischen Wandels mit expandierender Pflegebedürftigkeit und dringlicher Fachkräfteakquise – ein hoffentlich wichtiges Modul bei dem von Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler begonnenen Pflegedialog. Wir sind gespannt!

Rolf Höfert

Geschäftsführer Deutscher Pflegeverband (DPV)

Mitglied im Deutschen Pflegerat (DPR)

**Deutscher Pflegerat e.V.**  
Bundesarbeitsgemeinschaft  
Pflege- und Hebammenwesen

In Kooperation mit  
**Heilberufe**

## Im Focus

### Arbeitgeber in der Verantwortung

■ In der Diskussion um eine Lösung des Personal mangels in der Pflege hat der Deutsche Pflegerat die besondere Verantwortung der Arbeitgeber unterstrichen. „Eine besondere Verpflichtung bei der Ausgestaltung von Arbeitsablaufprozessen sieht der DPR auch bei Arbeitgebern“, sagte Ratspräsident Andreas Westerfellhaus. „Diese müssen – im Rahmen des Wettbewerbs um die besten Pflegenden – die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, ein betriebliches Gesundheitsmanagement und eine Arbeitsgestaltung für ältere Mitarbeiter in der Pflege gewährleisten, um Personalgewinnung und -bindung zu verbessern.“ Einer Aushöhlung oder Senkung der Fachkraftquote erteilte der DPR abermals eine scharfe Absage. Es könne nicht sein, dass bei wachsenden Anforderungen auf der Leistungsseite die erste Antwort auf Personal mangel der Abbau von Qualifikation und eine Deprofessionalisierung sei, so Westerfellhaus. Es sei klar, dass nur ein Maßnahmenbündel die komplexen Problemlagen lösen könne. Aber weder Green-Card noch Ersatz von professionell Pflegenden durch Hilfskräfte oder Fachkräfte ohne Sprachkenntnisse bringe hier Erfolg. Der DPR wolle sich an den weiteren Dialogveranstaltungen bei Gesundheitsminister Philipp Rösler (FDP) „aktiv beteiligen, um sachgerechte Lösungen für die Sicherung einer hoch qualifizierten Gesundheitsversorgung und Pflege zu gewährleisten“, sagte Westerfellhaus zu. Alle am Dialogprozess beteiligten Verbände und Institutionen müssten konsequent in die Pflicht genommen werden, die geleisteten Zusagen mit Inhalten für die Praxis zu füllen. Rösler hatte 2011 „zum Pflege-Jahr dieser schwarz-gelben Koalition“ erklärt. ■

■ Weitere Informationen  
■ [www.bund.de](http://www.bund.de)



Der DBfK fordert unter anderem eine Verpflichtung der Arbeitgeber, unter bestimmten Bedingungen alternative Beschäftigungsmöglichkeiten und gegebenenfalls Qualifizierungen dafür anzubieten.

## Rente mit 67 Ausnahmen für professionell Pflegende

**In einem Positionspapier hat der Deutsche Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK) – Mitgliedsverband im Deutschen Pflegeerrat (DPR) – Stellung zur umstrittenen Rente mit 67 bezogen. Der Verband fordert Ausnahmeregelungen für Pflegende.**

➤ „Angesichts der hohen physischen und psychischen Belastungen in den Pflegeberufen ist es unrealistisch, zu erwarten, dass Pflegekräfte nach vielen Jahren Tätigkeit in der direkten Klientenversorgung das gesetzliche Rentenalter erreichen können“, sagte der Bundesgeschäftsführer des DBfK, Franz Wagner, in Berlin.

Neben verstärkten Maßnahmen zur Gesundheitsförderung und deutlicher Verbesserung der Arbeitsbedingungen seien weitere Schritte erforderlich. Es dürfe auf keinen Fall passieren, dass Pflegekräfte nach einem langen und belastenden Arbeitsleben in Altersarmut münden, weil sie wegen berufsbedingter Erkrankung Frührente beantragen und Abschlüsse hinnehmen müssen. Dies sei auch vor dem Hintergrund des vergleichsweise niedrigen Lohnniveaus in der Pflege völlig inakzeptabel, so Wagner. Aus diesem Grund schlägt der Deutsche Berufsverband für Pflegeberufe für Angehörige der Pflegeberufe vor:

- Eine Verpflichtung der Arbeitgeber, unter bestimmten Bedingungen alternative Beschäftigungsmöglichkeiten und gegebenenfalls Qualifizierungen dafür anzubieten.
  - Die jährliche Reduzierung der Wochenarbeitszeit um eine Stunde ab dem 57. Lebensjahr bei vollem Gehaltsausgleich.
  - Eine Herabsetzung des gesetzlichen Renteneintrittsalters auf 63 Jahre für alle Pflegenden, die unmittelbar vor Erreichen der Altersgrenze eine Mindestanzahl an Jahren in der direkten Klientenversorgung gearbeitet haben.
- Alle diese Vorschläge müssten, bezogen auf Einkommen und Rentenansprüche, neutral für die Arbeitnehmer sein, betonte Wagner.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hatte zuletzt entschieden, an der Rente mit 67 festzuhalten. Sozialverbände und Gewerkschaften, aber auch Teile der SPD machen erhebliche Einwände geltend. Die SPD fordert eine Differenzierung

nach Berufsgruppen. Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) hatte unlängst erklärt, für die 60- bis unter 65-Jährigen habe sich die Beschäftigungsquote auf zuletzt 38 % erhöht und damit innerhalb der vergangenen zehn Jahre fast verdoppelt. Deshalb sei die 2012 beginnende Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre vertretbar und notwendig, so die Ministerin. Eine längere Lebensarbeitszeit sei die fairste Lösung, um die Rentenlasten gerecht zu verteilen. Die Unternehmen forderte die CDU-Politikerin auf, sich stärker auf eine ältere Belegschaft einzustellen. Dazu gehöre auch eine bessere Gesundheitsvorsorge in den Betrieben. ■

■ Das vollständige Positionspapier des DBfK „Rente mit 67“ finden Sie unter [www.dbfk.de/download/download/dbfk-position-Rente-67-2010-12-01.pdf](http://www.dbfk.de/download/download/dbfk-position-Rente-67-2010-12-01.pdf)

## Fachkräftemangel

# Die Situation gleicht einem löchrigem Fass

**Experten schlagen Alarm: Der Fachkräftemangel in der Pflege spitze sich dramatisch zu. In den Kliniken seien zuletzt „Pflegestellen im Blindflug“ gestrichen worden, so Professor Frank Weidner, Vorstandsvorsitzender des Deutschen Instituts für angewandte Pflegeforschung (dip), auf einem Closed Shop der Bundesarbeitsgemeinschaft Leitender Pflegepersonen (BALK) beim Heilberufe-Kongress „Pflege 2011“.**

➤ Die Studienlage zur Fachkräftesituation in der Pflege sei eindeutig und zeige ein „eher deprimierendes Bild“, sagte Weidner in Berlin. „Die Situation ist mit einem Fass vergleichbar, dessen Boden undicht ist, dessen Wände Löcher haben und in das von Jahr zu Jahr weniger oben hineingegeben wird. Da darf es nicht wundern, wenn es langsam aber sicher trocken gelegt wird.“ So seien in den Krankenhäusern im vergangenen Jahrzehnt aufgrund des ökonomischen Drucks „zigtausende Pflegestellen im Blindflug gestrichen“ worden. Zugleich hätten die Ausbildungskapazitäten in der Pflege deutlich abgenommen. „Die Belegschaft ist so im Durchschnitt erheblich älter geworden, aber gerade die älteren Beschäftigten können das hohe Tempo nicht mehr mitgehen und steigen vorzeitig krankheitsbedingt aus dem Beruf aus“, bilanzierte der Pflegeforscher.

### Schlechte Karten für Deutschland

Wirksame Konzepte zur Weiterbeschäftigung erfahrener Pflegefachkräfte oder zur beruflichen Rehabilitation in der Pflege suche man in Deutschland bislang vergebens, so Weidner. „Die Arbeitsbedingungen der Pflege haben sich so seit Jahren merklich verschlechtert, die Qualität der Patientenversorgung leidet inzwischen darunter und die Pflege hat damit insgesamt ein Imageproblem.“ Im Wettbewerb um Fachkräfte aus dem Ausland habe Deutschland nicht zuletzt deshalb „schlechte Karten“. Auf der anderen Seite steige der Bedarf nach professioneller Pflege in der stationären und ambulanten Pflege kontinuierlich.

Für die Sicherung und Entwicklung der pflegerischen Versorgung bedürfe es angesichts des prognostizierten Anstiegs der Pflegebedürftigkeit einer konzentrierten Aktion der Gesundheitspolitik, die nach dem altbekannten Prinzip „global denken, lokal handeln“ aufgestellt werden müsse, so die Empfehlung von Weidner. Bund und Länder müssten die Rahmenbedingungen für Innovation, Qualifikation und Qualität in der Pflege deutlich und nachhaltig verbessern. Der Zeitpunkt für einen solchen Vorstoß des Gesetzgebers sei günstig, betonte Weidner. „Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler hat 2011 als Jahr der Pflege ausgerufen. Die Politik muss Herzblut, Verunft und Mut aufbringen, um spürbare Weichenstellungen und Investitionen für die kommenden Jahre in das Pflegesystem auf den Weg zu bringen. Dazu benötigen sie eine moderne Pflegeberichterstattung, in der Daten und Erkenntnisse über die Entwicklung der Pflege im Lande aktueller, dynamischer und belastungsfähiger sind, als das, was wir heute haben.“

Die Träger von Einrichtungen im Gesundheitswesen sollten sich ihrerseits möglichst zeitnah mit originellen und wirksamen Konzepten zur Gewinnung, zum Einsatz und zur Sicherung von Pflegepersonal beschäftigen, so Weidner. „Über den steigenden Wettbewerb um gutes Personal werden sie über kurz oder lang sowieso dazu kommen müssen. Und die Berufsgruppen im Gesundheitswesen sollten endlich begreifen, dass sie in Sachen Qualität der Patientenversorgung letztendlich an einem Strang ziehen.“ ■

## Aus den Verbänden

### „Weltwärts“ nach Namibia

■ Seit Ende 2010 besteht eine Kooperation zwischen der DRK-Schwesternschaft „Bonn“ e.V., der DRK-Schwesternschaft „Übersee“ e.V. und dem DRK-Landesverband Westfalen-Lippe. Diese ermöglicht es Altenpflegerinnen und Gesundheits- und Krankenpflegerinnen, die das 28. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, im Rahmen des entwicklungspolitischen Freiwilligendienstes „weltwärts“ für ein Jahr nach Namibia zu gehen, um dort erste Erfahrungen im Ausland zu sammeln. ■

[www.drk.de/alt/verband\\_d\\_schwesternschaften](http://www.drk.de/alt/verband_d_schwesternschaften)

### Pflegeexperten Herzinsuffizienz

■ Die Frühjahrstagung der Bundesarbeitsgemeinschaft Pflegeexperten Herzinsuffizienz ist für den 4. und 5. März 2011 am Klinikum Nürnberg geplant. Eingeladen (Kontakt: [astrid.huesken@bonifatius-lingen.de](mailto:astrid.huesken@bonifatius-lingen.de)) sind dazu alle interessierten Pflegenden, die sich intensiv mit dem Syndrom Herzinsuffizienz beschäftigen beziehungsweise beschäftigen möchten. Ziel der Bundesarbeitsgemeinschaft ist die Verbesserung und Weiterentwicklung der pflegerischen Versorgung von Menschen mit Herzinsuffizienz sowie die Etablierung des Berufsbildes „Pflegeexperte Herzinsuffizienz“ in Deutschland. Die bundesweite Organisation und vernetzte Zusammenarbeit der Pflegeexperten dient neben der kontinuierlichen Fort- und Weiterbildung auch der Förderung der interdisziplinären und interprofessionellen Zusammenarbeit im stationären und ambulanten Bereich. International sind Pflegeexperten für Herzinsuffizienz als so genannte Heart Failure Nurses seit Jahren fester Bestandteil von Versorgungsprogrammen bei Herzinsuffizienz. Neben der medizinischen, meist medikamentösen Behandlung möchten die Pflegeexperten in Zusammenarbeit mit den Ärzten nicht-medizinische Behandlungen am Patienten als Standard bundesweit etablieren. ■

[www.balkev.de](http://www.balkev.de)

## Pflege Dialog

Zweite Runde startet  
am 14. Februar

■ Der von Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler (FDP) initiierte „Pflege-Dialog“ mit Vertretern der Sozial-, Berufs- und Patientenverbände sowie der Pflegekassen und der Länder soll am 14. Februar in Berlin fortgesetzt werden. Im Mittelpunkt der Beratung im Bundesgesundheitsministerium stehen diesmal die Bedeutung und die Anliegen von pflegenden Angehörigen. „Eine gute Weiterentwicklung der pflegerischen Versorgung ist ohne angemessene Berücksichtigung der Angehörigen und ihrer Anliegen nicht denkbar“, heißt es in dem Einladungsschreiben. Der „Pflege-Dialog“ bei Minister Rösler war am 7. Dezember vergangenen Jahres gestartet worden. Damals ging es vor allem um Strategien gegen den Fachkräftemangel in der Pflege. DPR-Präsident Andreas Westerfellhaus, der für den Pflegerat am „Pflege-Dialog“ teilnimmt, betonte, parallel zu den Beratungen über pflegende Angehörige würden auch die Gespräche über den Pflegefachkräftemangel mit dem Ministerium fortgesetzt. „Wir müssen beim Thema Fachkräftemangel allerdings mit Vehemenz unbedingt am Ball bleiben, denn wir brauchen hier rasch Lösungen“, fordert Westerfellhaus. ■

## Impressum

**Herausgeber:** Deutscher Pflegerat (DPR) – Bundesarbeitsgemeinschaft Pflege- und Hebammenwesen, Salzufer 6, 10587 Berlin („Haus der Gesundheitsberufe“), Tel.: 030 21915757, Fax: 030 21915777, [www.deutscher-pflegerat.de](http://www.deutscher-pflegerat.de)

**Redaktion:** Thomas Hommel  
„PflegePositionen“ – Der offizielle Newsletter des DPR erscheint in Kooperation mit **Heilberufe** – Das Pflegemagazin.

**Chefredakteurin:** Katja Kupfer-Geißler (verantwortlich)  
Heidelberger Platz 3, 14197 Berlin, Tel.: 030 82787 5500  
Fax: 030 82787 5505, [www.heilberufe-online.de](http://www.heilberufe-online.de)

**Verlag:** Springer Medizin | Urban & Vogel GmbH  
Aschauer Str. 30, 81549 München, Tel.: 089 203043-1300  
Fax: 089 203043-1399, [www.urban-vogel.de](http://www.urban-vogel.de)

## Registrierung beruflich Pflegenden Marleen Skowronek übernimmt Geschäftsführung

**Peter Bechtel beendet nach zwei Jahren erfolgreicher Arbeit für die Umsetzung der „Registrierung beruflich Pflegenden“ seine Tätigkeit als Geschäftsführer. Nachfolgerin ist Marleen Skowronek, die aus ihrer bisherigen Tätigkeit bei der RbP GmbH umfangreiche Erfahrungen auf dem Gebiet der Registrierung als Qualitätsprädi- kat für die berufliche Weiterentwicklung mitbringt.**

➤ Peter Bechtel hat die Leitung der Geschäftsführung der RbP GmbH zum 1. Januar 2011 an Marleen Skowronek (29) übergeben. In den letzten Jahren entwickelte sich die „Registrierung beruflich Pflegenden“ zu einem bundesweit anerkannten Qualitätsprädi- kat. Mit der Steigerung der Registrierungs- zahl der Pflegenden von etwa 8.000 in 2009 auf weit über 13.000 zum Ende vergangenen Jahres hat Peter Bechtel in seiner Tätigkeit als Geschäftsführer Wesentliches erreicht. „Nur durch die große Unterstützung aus der Berufsgruppe selbst wird der politischen Forderung nach einer verbindlichen Erfassung der professionell Pflegenden sowie der kontinuierlichen Fort- und Weiterbildungs- verpflichtung Nachdruck verliehen“, betont Bechtel, der als Pflegedirektor am Herzzentrum Bad Krozingen tätig ist.

Eine besondere Herausforderung in ihrer neuen Aufgabe sieht Marleen Skowronek in der Weiterentwicklung des Registrierungsverfahrens: „Es geht darum, die Erfahrungen der registrierten Pflegenden mit dem bestehenden System zu nutzen, um zukünftig auch die immer stärker wachsende Zahl der Anbieter von Fort- und Weiterbildungen mit ins Boot zu holen. Denn nur, wenn die Bedingungen für die kontinuierliche Teilnahme an Fort- und Weiterbildungen in den Einrichtungen selbst für alle Beteiligten stimmen, kann die Registrierung beruflich Pflegenden dauerhaft in Deutschland etabliert werden.“

Wichtige Multiplikatoren der Registrierung seien die Leitungskräfte in Kli-



Marleen Skowronek

niken und Pflegeeinrichtungen. „Die werden wir gezielt ansprechen, damit sie ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter motivieren, sich registrieren zu lassen“, so Skowronek.

Peter Bechtel wird die Arbeit der RbP GmbH auch zukünftig in seiner Funktion als Vorsitzender der Gesellschafterversammlung unterstützen. „Ziel der Registrierungsinitiative ist es weiterhin, den Gesetzgeber zu einer verpflichtenden Registrierung zu bewegen und dazu beizutragen, dass die Notwendigkeit einer nachweislichen Fachexpertise und Qualifikation auch vom Gesetzgeber entsprechend anerkannt wird. Und dazu gilt es, in Zukunft die Anzahl der Registrierten und damit den Druck auf die Politik weiter zu erhöhen.“ ■

■ **Weitere Informationen**  
■ [www.regbp.de](http://www.regbp.de)